

Ehrenratsordnung

des Briard Club Deutschland e.V.

in der Fassung vom 02.04.2017

§ 1 Satzungsbestandteil

Diese Ehrenratsordnung ist Bestandteil der Satzung des Briard Club Deutschland e.V. gemäß § 26 der Satzung.

§ 2 Persönlicher und sachlicher Geltungsbereich

(1) Der Ehrenrat entscheidet über Streitigkeiten zwischen den Organen des Vereins, zwischen dem Verein und den Mitgliedern in vereinsrechtlichen Angelegenheiten des Vereins.

(2) Der Ehrenrat ist insbesondere zuständig zur Entscheidung über Einsprüche von Mitgliedern gegen Ordnungsmaßnahmen durch den Vorstand oder die Zucht- und Körkommission, namentlich:

- a) Verhängung eines Tätigkeitsverbots als Zuchtrichter,
- b) Verhängung eines Zuchtverbots oder einer Zuchtbuchsperr,
- c) Streichung von der Mitgliederliste,
- d) Ausschluss aus dem Verein,
- e) sonstige Vereinsstrafen nach der BCD Zucht- und Körordnung.

(3) Wird von einer Partei der Einwand erhoben, dass der Ehrenrat nicht zuständig sei, so entscheidet der Ehrenrat selbst über seine Zuständigkeit.

(4) Der Ordnungsgerichtsbarkeit des Vereins sind alle Mitglieder des Vereins unterworfen.

§ 3 Zusammensetzung des Ehrenrats

(1) Der Ehrenrat setzt sich aus dem Vorsitzenden und zwei Beisitzern zusammen. Für jedes Mitglied des Ehrenrats ist ein Vertreter zu bestellen.

(2) Der Vorsitzende muss rechtserfahren sein (z.B. die Befähigung zur Ausübung des staatlichen Richteramtes entsprechend den Vorgaben des Deutschen Richtergesetzes (DRiG) haben).

(3) Die Mitglieder des Ehrenrats müssen Mitglieder des Vereins sein und sollen über Erfahrungen in der Kynologie verfügen.

§ 4 Unabhängigkeit

(1) Die Mitglieder des Ehrenrats sind unabhängig und keinen Weisungen unterworfen.

(2) Die Mitglieder des Ehrenrats dürfen nicht Mitglied irgendeines Organs des Verbands für das Deutsche Hundewesen (VDH) oder eines anderen dem VDH angehörenden Vereins sein. Sie dürfen auch nicht in einem Dienst- oder Anstellungsverhältnis zum VDH oder einem anderen dem VDH angehörenden Verein stehen oder von diesen aus sonstigen Gründen regelmäßige Vergütungen erhalten.

§ 5 Bestellung der Mitglieder des Ehrenrats

Die Mitglieder des Ehrenrats werden von der Mitgliederversammlung des Vereins für die Dauer von 3 Jahren gewählt. Eine Wiederwahl ist zulässig.

§ 6 Form des Antrags

(1) Der Antrag wird dadurch erhoben, dass der Antragsteller (die das Ehrenratsverfahren betreibende Partei) beim Vorsitzenden des Ehrenrates elektronisch oder schriftlich in vierfacher Ausführung eine Antragschrift einreicht.

(2) Die Antragschrift muss die Bezeichnung der Parteien, die Angabe des Streitgegenstandes und einen bestimmten Antrag enthalten. Der Antragsteller hat dabei seinen Anspruch und die Tatsachen, auf die sich

dieser Anspruch stützt, darzulegen. Alle erheblich erscheinenden Schriftstücke sind vorzulegen. Andere Beweismittel, deren sich bedient werden soll, sind zu bezeichnen. Als Beweismittel kommen insbesondere in Betracht: Urkunden, Sachverständige, Zeugen, Beweis durch Augenschein und Parteivernehmung.

(3) Das Verfahren ist nur zulässig, wenn der Antragsteller einen Kostenvorschuss in Höhe von 500,00 EUR an die Vereinskasse eingezahlt hat. Der Vorstand des Vereins und die Zucht- und Körkommission sind von der Vorschusspflicht befreit.

§ 7 Zurückweisung von Anträgen

(1) Der Ehrenrat hat Anträge zurückzuweisen, wenn die Zuständigkeit nicht gegeben ist.

(2) Anträge können zurückgewiesen werden, wenn sie nicht in gehöriger Form gestellt worden sind, wenn der Vorschusspflicht (§ 6 Ziff. 3) nicht nachgekommen wurde oder wenn Anträge unangemessen verfasst wurden. Die unanfechtbare Entscheidung hierüber teilt der Vorsitzende dem Antragsteller schriftlich oder elektronisch mit.

(3) Der Vorsitzende kann einen neuen Antrag in gleicher Sache zulassen, sofern dieser den Vorschriften dieser Ordnung genügt.

§ 8 Verfahrensleitende Maßnahmen des Vorsitzenden

(1) Der Vorsitzende verfügt die Zustellung der Antragschrift an den Antragsgegner mit der Aufforderung, innerhalb einer vom Vorsitzenden festzusetzenden Frist Stellung zu nehmen, wobei diese Frist nicht mehr als vier Wochen betragen sollte.

(2) Zustellungen sind so vorzunehmen, dass ein Zustellungsnachweis vorliegt, wobei ein durch den Empfänger unterzeichnetes Empfangsbekanntnis ausreichend sein kann.

(3) Sämtliche Schriftsätze, Gutachten, Schriftstücke und sonstige Mitteilungen, auf die die Entscheidung gestützt werden kann, sind beiden Parteien zur Kenntnis zu bringen, ggf. mit der Aufforderung zur Stellungnahme.

(4) Der Vorsitzende kann den Parteien die Ergänzung oder Erläuterung ihrer Schriftstücke – auch in einzelnen Punkten – aufgeben.

(5) Der Vorsitzende hat die Sache so weit vorzubereiten, dass sie nach Möglichkeit in der anberaumten mündlichen Verhandlung durch Vergleich oder Beschluss zum Abschluss gebracht werden kann. Zu diesem Zweck kann der Vorsitzende das persönliche Erscheinen der Parteien bzw. eines Vertreters anordnen. Der Vorsitzende kann auch die Beiziehung von Akten oder sonst vorhandener Unterlagen des Vereins anordnen. Weiterhin kann der Vorsitzende Zeugen und Sachverständige laden und vernehmen.

(6) Der Ehrenrat kann von sich aus oder auf Antrag einer Partei die Durchführung bestimmter Verfahrenshandlungen (z. B. Ladung von Zeugen und Sachverständigen) von der Zahlung eines weiteren angemessenen Kostenvorschusses abhängig machen.

§ 9 Mündliche Verhandlung

(1) Es liegt im Ermessen des Ehrenrats, ob er aufgrund mündlicher Verhandlung oder im schriftlichen Verfahren entscheidet.

(2) Zur mündlichen Verhandlung werden die Parteien, Zeugen und Sachverständigen geladen. § 8 2. dieser Ordnung gilt entsprechend. Hat ein Bevollmächtigter eine Zustellungsvollmacht nachgewiesen, so wird dieser auch geladen. Die Ladungsfrist beträgt zwei Wochen. Zeugen und Sachverständige sind darauf hinzuweisen, dass sie vom BCD nach den Sätzen des Gesetzes über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen (ZSEG) in der jeweils gültigen Fassung entschädigt werden.

(3) Erscheint eine Partei trotz ordnungsgemäßer Ladung nicht zur mündlichen Verhandlung und ist sie auch nicht ordnungsgemäß vertreten, oder gibt sie im schriftlichen Verfahren keine Stellungnahme ab, so entscheidet der Ehrenrat nach Aktenlage. Die Vernehmung von Zeugen oder Sachverständigen kann dann unterbleiben.

§ 10 Vertretung

Jede Partei kann sich durch eine volljährige unbeschränkt geschäftsfähige Person vertreten lassen. Der Ehrenrat kann einen ihm ungeeignet erscheinenden Vertreter zurückweisen und kann der Partei aufgeben, entweder selbst zur mündlichen Verhandlung zu erscheinen oder einen anderen geeigneten Vertreter zu bestellen.

Als bevollmächtigte Person kann insbesondere ein bei einem Gericht in der Bundesrepublik Deutschland zugelassener Rechtsanwalt oder eine Rechtsanwältin in jeder Lage des Verfahrens bestellt werden. Das Zurückweisungsrecht gilt dann Fall nicht.

Eine vom Ehrenrat getroffene Kostenentscheidung erfasst nicht die Kosten einer Vertretung oder einer anwaltschaftlichen Beratung. Vielmehr trägt diese Kosten diejenige Partei, welche den Auftrag an den Bevollmächtigten erteilt hat. Zivilrechtliche Ansprüche sind davon nicht berührt.

§ 11 Nichtöffentlichkeit

Die mündliche Verhandlung vor dem Ehrenrat ist nicht öffentlich. Der Ehrenrat kann die Anwesenheit von Zuhörern gestatten.

§ 12 Verfahrensgestaltung

(1) Der Ehrenrat soll den Sachverhalt ausreichend aufklären, wobei die allgemein gültigen Verfahrensgrundsätze zu beachten sind und den Beteiligten rechtliches Gehör zu gewähren ist.

(2) Der Ehrenrat soll in geeigneten Fällen zu jeder Zeit auf eine gütliche Einigung der Parteien hinwirken.

(3) Im Übrigen gestaltet der Ehrenrat das Verfahren nach freiem Ermessen.

(4) Die Vorschriften der Zivilprozessordnung sind sinngemäß heranziehen, soweit sie dieser Ordnung nicht widersprechen.

§ 13 Ablehnung eines Mitglieds des Ehrenrats

(1) Die Ablehnung des Ehrenrats im Ganzen ist unzulässig.

(2) Die Ablehnung eines Mitglieds des Ehrenrats ist in den Fällen von §§ 41 ff. ZPO zulässig, sowie auch dann, wenn ein Mitglied des Ehrenrats die Erfüllung seiner Pflichten ungebührlich verzögert.

(3) Wird ein Mitglied des Ehrenrats abgelehnt, so soll es zu der Ablehnung gehört werden. Seine Stellungnahme ist beiden Parteien zuzuleiten.

(4) Über die Ablehnung entscheidet der Ehrenrat, wobei an der Ablehnungsentscheidung an Stelle des abgelehnten Mitglieds dessen Vertreter mitwirkt.

(5) Wird der Ablehnungsantrag für begründet erklärt, so tritt an die Stelle des ausgeschiedenen Mitglieds des Ehrenrats dessen Vertreter.

(6) Wird die Ablehnung für unbegründet erklärt, wird das Verfahren in der bisherigen Besetzung des Ehrenrats fortgeführt.

(7) Die Entscheidung über das Ablehnungsgesuch ist unanfechtbar.

§ 14 Protokoll

(1) Über die mündliche Verhandlung wird ein Protokoll aufgenommen, dessen Inhalt der Vorsitzende diktiert. Ein Diktat auf Ton- oder Datenträger ist zulässig. Eine Abschrift des Protokolls ist unverzüglich nach der Sitzung herzustellen und den Parteien zuzuleiten. Die Aufzeichnungen auf Ton- oder Datenträger sind vorläufig zu den Akten zu nehmen. Sie sollen einen Monat nach Zustellung der Protokollabschriften an die Parteien – sofern keine Einwendungen erhoben werden – wieder gelöscht werden.

(2) Das Protokoll soll enthalten:

1. die Bezeichnung und Besetzung des Ehrenrats,
2. Ort, Datum und Uhrzeit des Beginns der Verhandlung,
3. die Bezeichnung des Streitgegenstandes,
4. die Namen der erschienenen Personen, gesetzlichen Vertreter oder Bevollmächtigten,
5. die Feststellung, dass von den Parteien keine Einwände gegen die Zuständigkeit und die ordnungsgemäße Besetzung (Besetzungsrüge) des Ehrenrats erhoben worden sind,
6. die Erklärungen der Parteien zur Höhe des Streitwertes sowie dessen Festsetzung durch den Ehrenrat,
7. die von den Parteien gestellten Anträge und die wesentlichen Erklärungen,
8. den wesentlichen Inhalt von Zeugen- und Sachverständigenaussagen,
9. den wesentlichen Inhalt des Ergebnisses eines Augenscheins,
10. die Bezeichnung von Urkunden, die bei der Beweisaufnahme verlesen oder sonst zum Gegenstand der Verhandlung gemacht worden sind,
11. die Feststellung sonstiger wesentlicher Prozesshandlungen,
12. die Erklärung der Parteien, dass ihnen rechtliches Gehör gewährt worden ist,
13. den Inhalt eines evtl. abgeschlossenen Vergleichs,
14. den Beschluss, wann und wie er bekannt gegeben wird,
15. die Uhrzeit des Verhandlungsschlusses.

(3) Das Protokoll ist vom Vorsitzenden und von einem evtl. bestellten Protokollführer zu unterzeichnen.

(4) Ist vom Ehrenrat ein Mitglied des Ehrenrats mit der Vornahme einer Beweisaufnahme beauftragt worden, so hat dieses die entsprechende Niederschrift zu unterschreiben.

§ 14 Vergleich

(1) Im Interesse des Vereinsfriedens soll der Ehrenrat zu jedem Zeitpunkt des Verfahrens versuchen, den Streit durch einen Vergleich zu beenden.

(2) Der Ehrenrat kann den Parteien auch einen schriftlichen Vergleichsvorschlag unterbreiten, welcher durch schriftliche Erklärung der Parteien angenommen werden kann. In diesem Fall stellt der Ehrenrat das Zustandekommen des Vergleichs und die Beendigung des Verfahrens entsprechend § 278 Abs. 6 ZPO durch Beschluss fest.

(3) Bei mündlicher Verhandlung ist ein Vergleich in das Protokoll aufzunehmen, zu verlesen und von den Parteien zu genehmigen. Der Vergleich ist unter Angabe des Tages des Zustandekommens vom Vorsitzenden zu unterschreiben.

§ 16 Erlass der Entscheidung des Ehrenrats

(1) Besteht Beschlussreife, ergeht eine Entscheidung.

(2) Materiell stützt der Ehrenrat seine Entscheidung auf das einschlägige Vereinsrecht. Im Übrigen können Grundsätze des einschlägigen materiellen staatlichen Rechts herangezogen werden.

(3) Bei der Beratung und Beschlussfassung dürfen nur die entscheidenden Mitglieder des Ehrenrats anwesend sein. Sie haben das Beratungsgeheimnis zu wahren. Im schriftlichen Verfahren erfolgt die Beschlussfassung im Umlaufverfahren.

(4) Die schriftlich abzufassende Entscheidung des Ehrenrats soll enthalten:

1. Bezeichnung des Ehrenrats und die Namen der Mitglieder, die an der Entscheidung mitgewirkt haben,
2. die Bezeichnung der Verfahrensbeteiligten (Vor- und Zuname, Beruf, Anschrift), ggf. der gesetzlichen Vertreter und der Verfahrensbevollmächtigten (Vor- und Zuname, Beruf, Anschrift),
3. die Entscheidungsformel mit dem Ausspruch über die Kosten,
4. eine kurze Darstellung des Sachverhalts, evtl. wie er sich aufgrund der Beweisaufnahme ergeben hat,
5. die wesentlichen Entscheidungsgründe.

Die Entscheidung ist von den Mitgliedern des Ehrenrats, die bei der Entscheidung mitgewirkt haben, zu unterschreiben. Der Tag der letzten Unterschrift ist zu vermerken.

§ 17 Rechtsmittel

(1) Soweit gegen die Entscheidung des Ehrenrats ein Rechtsmittel zulässig ist, ist die Entscheidung mit der Berufung anfechtbar, die binnen einer Frist von 1 Monat nach Zustellung der Entscheidung beim Vorsitzenden des Ehrenrats einzulegen ist.

(2) Berufungsinstanz ist das VDH-Verbandsgericht. Dessen Entscheidung ist unanfechtbar. Der Rechtsweg zur ordentlichen Gerichtsbarkeit ist ausgeschlossen.

(3) Das Verfahren vor dem VDH-Verbandsgericht richtet sich nach der VDH-Verbandsgerichts-Ordnung, die Bestandteil der Satzung ist.

§ 18 Kosten des Verfahrens

(1) Die erstattungsfähigen Kosten des Verfahrens trägt die unterlegene Partei. Bei teilweisem Unterliegen und Obsiegen sind die Kosten verhältnismäßig zu teilen. Die Quotelung richtet sich dabei nach der Höhe des Obsiegens und Unterliegens.

(2) Zu den erstattungsfähigen Kosten gehören die Kosten für Zeugen und Sachverständigen, Kosten für Beweismittel, die auf Anordnung des Ehrenrats verursacht wurden, sowie die Verfahrenskosten, mit Ausnahme der Kosten für einen Rechtsanwalt oder einen anderen Vertreter. Soweit Parteien selbst Beweismittel beschafft haben oder Zeugen zur Verhandlung mitbringen, findet eine Erstattung der Kosten nicht statt.

(3) Für das Tätigwerden des Ehrenrats werden Verfahrenskosten erhoben. Diese setzen sich aus einer Verwaltungskostenpauschale und den Kosten zusammen, die den Mitgliedern des Ehrenrats einschließlich des Protokollführers und der vom Ehrenrat geladenen Zeugen sowie Sachverständigen entstanden sind. Die Verwaltungskostenpauschale beträgt in schriftlichen Verfahren 125,- Euro, in Verfahren, in denen eine mündliche Verhandlung stattfindet, 200,- Euro, bei angeordneter Beweisaufnahme 250,- Euro.

(4) Wird ein Antrag auf Tätigwerden des Ehrenrats zurückgenommen, bevor dieser eine verfahrensleitende Entscheidung getroffen hat, ermäßigt sich die Verwaltungskostenpauschale auf 100,- Euro. Wird ein Antrag als unzulässig zurückgewiesen, werden Kosten mindestens in Höhe der Verwaltungskosten für ein schriftliches Verfahren in Höhe von 125,- Euro festgesetzt. Weiterhin wird eine, Post-, Kopier- und Kommunikationspauschale in Höhe von 50,- Euro erhoben.

(5) Im Übrigen gelten im Hinblick auf die Pflicht zur Kostentragung die Vorschriften der ZPO entsprechend.

(6) Die Mitglieder des Ehrenrats erhalten die Reisekosten und Auslagen in Höhe der vom Verein festgesetzten Spesensätze.

§ 19 Vollstreckung

(1) Die Entscheidungen des Ehrenrats werden von dem Vorstand des Vereins vollstreckt.

(2) Der Tenor einer rechtskräftigen Entscheidung ist in der nächsten Ausgabe der Vereinszeitschrift zu veröffentlichen. Im Falle des Vereinsausschlusses hat zusätzlich eine Veröffentlichung in der Verbandszeitschrift „Unser Rassehund“ zu erfolgen.

(3) Im Übrigen bestimmt der Vorsitzende des Ehrenrats den Umfang der Bekanntmachung.

§ 20 Wiedereinsetzung

Hat ein Verfahrensbeteiligter eine Frist versäumt, so kann ihm auf begründeten Antrag Wiedereinsetzung gewährt werden. Der Antrag ist jedoch nur zulässig, wenn er spätestens 1 Monat nach Wegfall der Hinderungsgründe gestellt wird.

§ 21 Aktenaufbewahrung

Die Akten zu einem rechtskräftig abgeschlossener Ehrenratsverfahren werden in der Geschäftsstelle aufbewahrt. Die Akten dürfen nicht vor Ablauf von zehn Jahren vernichtet werden.

Akteneinsicht darf nur gewährt werden, wenn ein berechtigtes Interesse glaubhaft gemacht wird und die Interessen des Vereins einer Akteneinsicht nicht entgegenstehen. Der jeweilige Vorsitzende des Ehrenrats hat jederzeit ein Recht auf Akteneinsicht.